

## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:  
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 30. Januar 2025

**Martin Habersaat**

### **Unterrichtsausfall seit 2017 zweistellig gestiegen!**

**TOP 27+48: "Unterrichtsversorgung statt Unterrichtsausfall sowie Bericht über die Unterrichtssituation 2023/24" (Drs. 20/2832(neu), 20/2797)**

„Der Anteil nicht planmäßig gegebener Stunden lag an den allgemeinbildenden Schulen im vergangenen Schuljahr bei nahezu 12 Prozent.

Im Schuljahr 2016/17 waren es 9,5 Prozent.

Das ist eine Steigerung von 26 Prozent, seit die CDU das Bildungsministerium übernommen hat.

An den Berufsbildenden Schulen kommen wir von 7,2 Prozent im Schuljahr 2016/17 und sind im letzten Schuljahr bei 13,6 Prozent gewesen.

Eine Erhöhung um 88 Prozent!

Vor dem Hintergrund der Zahlen 2016/17, über die wir uns heute freuen würden, forderte der damalige Oppositionsführer Daniel Günther nicht weniger als eine Unterrichtsgarantie.

Karin Prien, frisch im Ministerinnenamt, versprach vollmundig: „Wir werden (...) den Unterrichtsausfall bis 2022 beenden.“ (PM der CDU)

Gemessen an den eigenen Worten müssen wir 2025 sagen: Sie sind krachend gescheitert!

Klar ist: So darf es nicht weiter gehen.

Aber was tun?

Option 1:

Wo weniger Stunden stattfinden sollen, können auch weniger Stunden ausfallen Also plant die Landesregierung einfach weniger Unterrichtsstunden.

Brillant!

Oder wir wählen Option 2:

Wir gucken, woran der Ausfall liegt und tun etwas gegen die Ursachen.

Der häufigste Grund für Unterrichtsausfall an allgemeinbindenden Schulen ist die Erkrankung von Lehrkräften. 2/3 aller Ausfälle gehen darauf zurück. Gehen wir also nicht gut mit unseren

Lehrkräften um? Dafür gibt es einen weiteren Hinweis: Der Anteil der Lehrkräfte, die bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze im aktiven Dienst verbleiben, liegt bei 16,53 %.

Der Anteil der wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten im Schulbereich steigt. Das behaupte nicht ich, das steht im aktuellen Personalstrukturbericht der Landesregierung.

2023 konnten Lehrkräfte in Schleswig-Holstein an einer anonymen online-Befragung zu ihrer Arbeitsbelastung, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit teilnehmen. Dem Bildungsministerium stehen die Ergebnisse dieser Stuserhebung seit Januar 2024 zur Verfügung. Dem Landtag wurden die Ergebnisse zunächst zum Ende des Jahres 2024 versprochen, inzwischen wurde dies auf Anfang 2025 verschoben. Das ist jetzt.

Angesichts dieser dramatischen Zahlen erwarten wir als SPD-Landtagsfraktion, dass die Veröffentlichung der Ergebnisse der Stuserhebung nicht weiter verzögert wird. Wir erwarten außerdem, dass die Landesregierung das verstrichene Jahr dazu genutzt hat, um konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung unserer Lehrkräfte zu entwickeln und diese gleichzeitig vorlegt. Und wir akzeptieren nicht Maßnahmen wie „Wir erforschen mal drei Jahre an fünf Schulen, ob zusätzliche Verwaltungskräfte die Lehrkräfte vielleicht entlasten.“

Neben Arbeitsschutz und Lehrkräftegesundheit gibt es eine zweite entscheidende Stellschraube: Die Unterrichtsversorgung.

Es ist nicht zu fassen, dass die Günther-Regierung vor dem Hintergrund der Zahlen bei Unterrichtsausfall und Lehrkräftegesundheit und bei steigenden Schülerzahlen Lehrkräftestellen streicht und Klassen vergrößert.

Es ist doch logisch: Wenn weniger Lehrkräfte an einer Schule unterrichten, als dort eigentlich benötigt werden, sind diese stärker belastet und fallen in der Folge häufiger aus.

Der Lehrkräftemangel ist inzwischen so gravierend, dass mehr als jede zehnte Lehrkraft an Schulen keine voll ausgebildete Lehrkraft ist. Wir können uns einen schlechten Umgang mit den vorhandenen Lehrkräften nicht leisten.

Im Januar 2018 äußerte Bildungsministerin Prien übrigens weitere große Pläne: Langfristig wolle man eine Unterrichtsversorgung von 105 oder 110 Prozent erreichen. Man wolle Lehrerstellen schaffen, die Qualität des Vertretungsunterricht und von EVA verbessern und mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit schaffen.

Und heute?

Reduzieren Sie die Unterrichtsversorgung auf 100 Prozent.

Zählen noch immer unbesetzte Stellen und solche, die mit langfristig ausfallenden Lehrkräften besetzt sind, zur Unterrichtsversorgung dazu.

Steigt der Anteil der Lehrkräfte, die gar keine ausgebildeten Lehrkräfte sind, an unseren Grundschulen schon auf 17,3 Prozent.

Acht Jahre Günther-Regierung, und das ist die dramatische Lage an den Schulen.

Zu Lasten unserer Schülerinnen und Schüler.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, damit es nicht noch schlimmer wird.

Zu Gunsten unserer Schülerinnen und Schüler.“